

SZ1 Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern

Gremium: Landesvorstand, Landesausschuss, Kerstin
Celina MdL (KV Würzburg-Land)
Beschlussdatum: 20.09.2019
Tagesordnungspunkt: 4 Sozialer Zusammenhalt

Antragstext

1 Wir wollen unsere Gesellschaft so gestalten, dass niemand durch die
2 Veränderungen, die wir in unserer Zeit erleben, abgehängt wird, sondern vielmehr
3 alle Menschen gleichermaßen in den Genuss des Fortschritts kommen. Dazu gehört,
4 Verschiedenheiten zu respektieren und unabhängig davon jedem Menschen die
5 gleichen Freiheiten, Sicherheit und Chancen zu garantieren. Unser Versprechen
6 von gesellschaftlicher Teilhabe schließt alle ein. Jeder Mensch muss unabhängig
7 von Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Aussehen, sexueller
8 Identität, von Behinderung oder Glauben an der Gesellschaft teilhaben können.

9 Wir rücken Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mittelpunkt
10 der Politik. Dafür setzen wir die richtigen Rahmenbedingungen und machen
11 Zusammenhalt und soziale Teilhabe zur Handlungsgrundlage für alle politischen
12 Bereiche. Denn: Eine solche Politik der Gerechtigkeit kann nicht nur ein
13 einzelnes Politikfeld betreffen. Wir wollen einen Staat, der Teilhabe allen
14 gleichermaßen bietet, der Sicherheit gewährleistet und öffentliche Räume,
15 Infrastrukturen und Institutionen schafft, die dem glücklichen und
16 selbstbestimmten Leben aller dienen und es allen ermöglicht, ihre Freiheit und
17 Würde zu gewinnen und zu bewahren.

18 Wenn wir von Teilhabegerechtigkeit sprechen, dann meinen wir explizit auch
19 Geschlechtergerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit und
20 Generationengerechtigkeit. Und letztere schließt auch zukünftige Generationen
21 ein. Wir müssen ihnen einen Planeten hinterlassen, in dem auch für sie
22 selbstbestimmte Teilhabe möglich ist. Diese Dimensionen von Gerechtigkeit dürfen
23 trotz praktischer Konflikte nicht gegeneinander ausgespielt werden.
24 Gerechtigkeit verlangt vielmehr Solidarität im politischen und persönlichen
25 Handeln.

MIT EINEM AKTIVEN STAAT EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN ERMÖGLICHEN

27 Im föderalen Aufbau Deutschlands sind wir als Land Bayern dafür zuständig, das

28 Versprechen der Teilhabe für alle konkret umzusetzen. Wir als Freistaat sind –
29 oft in Zusammenarbeit mit den Kommunen – zuständig für viele Institutionen und
30 die konkrete Gestaltung unseres Zusammenlebens. Deshalb stärken wir unsere
31 öffentlichen Institutionen und unsere öffentlichen Güter, denn sie sind ein
32 Schlüssel für mehr Gerechtigkeit. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die
33 öffentliche Infrastruktur gut erhalten bleibt und ausgebaut wird. Starke
34 öffentliche Institutionen sind materielle Grundlage unsere Demokratie, sorgen
35 für Teilhabe und stellen die faire Verteilung von Chancen und Ressourcen und die
36 Einhaltung der Rechte sicher.

37 **GUTE BILDUNG FÜR ALLE**

38 Bildung eröffnet Perspektiven und Möglichkeiten für alle Menschen, die in
39 Deutschland leben, ob jung oder alt. Gute Bildung für alle ist deshalb
40 Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Teilhabe am Arbeitsmarkt,
41 Teilhabe an (digitaler) Kommunikation sowie politische Teilhabe. Wir Grüne
42 stehen für Bildungsgerechtigkeit. Die soziale Herkunft darf nicht über den
43 Erfolg im Bildungssystem entscheiden. In Bayern sind die Chancen, das eigene
44 Leben gestalten zu können, immer noch ungleich verteilt.

45 Unser Ziel ist es, kein Kind zurückzulassen, Kinder schon früh zu fördern und
46 die zahlreichen Hürden zu beseitigen, die insbesondere Kindern aus finanziell
47 schwächer gestellten Familien, aus bildungsfernen Elternhäusern, aus Familien
48 mit Migrationshintergrund und Kindern mit Behinderungen in den Weg gestellt
49 werden.

50 Lernen für ein selbstbestimmtes Leben und für gesellschaftlichen Zusammenhalt
51 fängt in Kindertagesstätten und Schulen an und setzt sich im lebenslangen Lernen
52 fort. Deswegen werden wir die **frühkindliche Bildung** und Betreuung als Schlüssel
53 für die Zukunft ausbauen.

54 *Maßnahmen:*

- 55 • Überarbeitung der Betreuungskonzepte, um echte Chancengerechtigkeit zu
56 ermöglichen. Es braucht Zeit für Spaß und Spiel, konsequentes Handeln für
57 Inklusion und Integration. Die Kindertagesstätte ist der Ausgangspunkt für
58 ein grundlegendes Verständnis für Selbstwirksamkeit, Mitbestimmung und
59 Demokratie.
- 60 • Mehr Personal, bessere Bezahlung, mehr Zeit für Fortbildungen und
61 Elterngespräche
- 62 • Soziale Staffelung jeglicher Fördergelder, damit die
63 Unterstützungsleistungen wirklich dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

64 Wir gestalten die Bildungswege durchlässiger und werden **Schulen** so ausstatten,
65 dass sie allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden, gleich welcher Herkunft
66 sie sind. Unser Ziel ist „Empowerment“ - also alle so zu bilden, dass sie ihr
67 Leben selbstständig gestalten können. Dazu verbessern wir die individuelle
68 Förderung und stärken die Persönlichkeitsbildung. Da Schulen die Orte sind, an
69 denen gesellschaftlicher Zusammenhalt erfahren und gelernt werden kann, werden
70 wir Schulen zu positiven Lern- und Lebensorten weiterentwickeln.

71 *Maßnahmen:*

- 72 • Schulen besser aufstellen durch multiprofessionelle Teams, zweite
73 Lehrkräfte, durchgängige Sprachförderung

- 74 • Bedarfsgerechter Ausbau gebundener Ganztagschulen

- 75 • Politische Bildungsangebote ausweiten, damit Schulen zu Werkstätten für
76 Demokratie und Mitbestimmung werden

77 Der Verbesserungsbedarf bei **Bildungschancen von Erwachsenen** ist ebenfalls sehr
78 hoch. Digitaler Wandel und längere Lebensarbeitszeiten verstärken die
79 Notwendigkeit, gezielte Angebote beim lebenslangen Lernen zu schaffen.

80 *Maßnahmen:*

- 81 • Stärkung der rechtlichen Grundlage zur Fortbildung mit einem
82 Bildungsfreistellungsgesetz

- 83 • Bessere Förderung der Angebote zur Erwachsenenbildung

- 84 • Entwicklung von Programmen und Förderkonzepten, die den kulturellen
85 Austausch und die Teilhabe in Europa nicht nur für junge Menschen, sondern
86 für alle fördern.

87 **ARBEIT SCHAFFEN, VON DER MAN LEBEN KANN**

88 Der beste Schutz vor Armut ist eine gute und existenzsichernde Arbeit für alle.
89 Wir setzen uns deshalb ein für die Eindämmung des Niedriglohnssektors, das
90 Zurückdrängen prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse und bessere
91 Unterstützung für Menschen, die aktuell schwer Anschluss an den Arbeitsmarkt
92 finden. Nur noch gut die Hälfte der Beschäftigten in Bayern unterliegt der
93 Tarifbindung.

94 *Maßnahmen:*

- 95 • Ausweitung der Tarifbindung durch ein Landesvergabegesetz und bessere
96 Möglichkeiten, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.
- 97 • Flexibilität ermöglichen: Förderung der Wahlfreiheit, ob eine Ausbildung
98 in Teilzeit oder Vollzeit gemacht werden kann
- 99 • Der öffentliche Dienst in Bayern und der Freistaat als Auftraggeber gehen
100 als Vorbild voran mit der Einführung eines bayerischen Mindestlohns bei
101 öffentlichen Aufträgen

102 **FRAUEN STÄRKEN: FAMILIE UND BERUF IN EINKLANG BRINGEN**

103 Die Wirtschaft in Bayern floriert. Doch längst nicht alle profitieren von dem
104 anhaltenden Boom. Das Aufstiegsversprechen – wer sich nur genug anstrengt, wird
105 belohnt – gilt längst nicht mehr, die soziale Mobilität ist gering. Dies gilt
106 insbesondere für Frauen. Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen muss
107 beendet werden. Ein wichtiger Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit ist, Berufe, die
108 überdurchschnittlich von Frauen ausgeübt werden, aufzuwerten. Hierzu zählt u.a.
109 die Arbeit im Care-Sektor, beispielsweise in der Pflege oder in der Kita.

110 Damit tatsächlich alle Menschen, insbesondere auch Frauen und Alleinerziehende,
111 einer auskömmlichen, sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit nachgehen
112 können, müssen Familie und Beruf besser vereinbar sein. Wir wollen eine
113 partnerschaftliche Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit ermöglichen. Dies
114 erfordert einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik. Wir brauchen auch
115 eine Familienförderung, die Kinder aus der Armut herausholt, denn Kinderarmut
116 hat in einer gerechten Gesellschaft keinen Platz.

117 *Maßnahmen:*

- 118 • Abschaffen des unzeitgemäßen Ehegattensplittings für neu geschlossene Ehen
119 und Ersetzen durch eine sozial gerechte individuelle Besteuerung
- 120 • Gleichstellung der Kindererziehungs- und Pflegezeiten bei der
121 Rentenanrechnung
- 122 • Ausbau von qualitativ hochwertigen Angeboten zur Kinderbetreuung, die sich
123 zeitlich flexibel am Bedarf berufstätiger Eltern ausrichten
- 124 • Wir wollen familienfreundliche flexible Arbeitszeitmodelle sowohl in der
125 privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Wer seine Arbeitszeit
126 aufgrund der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen
127 vorübergehend reduzieren muss, braucht einen gesetzlichen Anspruch auf
128 Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung.

- 129
- 130
- Flächendeckender Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeangeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger

131 **IN WÜRDE ALT WERDEN**

132 Eine deutlich gestiegene Lebenserwartung bietet heute vielen Menschen die
133 Möglichkeit, bis ins hohe Alter aktiv zu leben. Durch den Wandel in der
134 Arbeitswelt nehmen zugleich Normalarbeitsverhältnisse ab und prekäre
135 Beschäftigung zu mit der Folge, dass das Rentenniveau viele Bürger*innen nicht
136 mehr vor Altersarmut schützt. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben in der
137 späten Lebensphase ermöglichen und stellen dafür die Weichen. Das ist eine
138 zentrale Frage der Gerechtigkeit.

139 Eine weitere Folge der gestiegenen Lebenserwartung ist die steigende Zahl der
140 Pflegebedürftigen und Demenzerkrankten. Für uns ist Menschlichkeit der Dreh- und
141 Angelpunkt für gute Pflege in Bayern. Deshalb darf Pflege nicht allein auf die
142 körperliche Fürsorge begrenzt bleiben, es muss die Teilhabe der
143 Pflegebedürftigen am gesellschaftlichen Leben im Mittelpunkt stehen. Wir wollen
144 die Pflege in Bayern zukunftssicher machen.

145 *Maßnahmen:*

- 146
- 147
- Einführung einer Garantierente, die einen auskömmlichen Lebensstandard absichert
- 148
- 149
- Bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen und eine gesetzlich festgelegte Personalbemessung mit höherem Personalschlüssel
- 150
- 151
- 152
- 153
- Entwicklung von Quartierskonzepten, damit gute Pflege in Zukunft noch stärker aus einem bedarfsgerechten Mix aus bürgerschaftlichem Engagement, Nachbarschaftshilfe, niedrigschwelligen Angeboten und professionellen Dienstleistungen bestehen kann
- 154
- 155
- Förderung von präventiven Beratungsangeboten, inklusiven und generationsübergreifenden Wohnkonzepten und digitalen Assistenzen

156 **WOHNEN ALS GRUNDRECHT ANERKENNEN**

157 Wohnen ist ein Grundrecht für alle und darf nicht zur existenziellen Frage für
158 den Einzelnen werden. Tatsächlich aber steigen die Mieten vor allem in den
159 wirtschaftlich boomenden Regionen Bayerns so rasant, dass weder Gehälter und
160 Löhne noch Renten und Grundsicherung damit Schritt halten können. Wohnen wird
161 für immer mehr Menschen kaum mehr bezahlbar. Schutz vor Armut bedeutet daher
162 auch: Wohnraum schaffen für alle Menschen im Freistaat – schnell, nachhaltig und

163 bezahlbar. Wir zeigen einen Ausweg aus den vielfach vorhandenen prekären
164 Wohnsituationen bedürftiger Menschen.

165 *Maßnahmen:*

- 166 • Ausweitungsoffensive des sozialen Wohnungsbaus
- 167 • Unterbindung von Mietwucher und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt
- 168 • Stärkung gemeinnütziger Akteure wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften,
169 Genossenschaften und Baugemeinschaften

170 **INKLUSIVE GESELLSCHAFT VORANTREIBEN**

171 Inklusion ist für uns Grüne ein Menschenrecht. Es ist Aufgabe des Staats, dass
172 Menschen mit Behinderung gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können.
173 Dabei haben wir sowohl Menschen mit körperlichen und psychischen
174 Beeinträchtigungen im Blick, wie auch ihre Angehörigen. Der Abbau von Barrieren
175 und die Umsetzung der Inklusion ist ein Gewinn für alle Bürger*innen,
176 insbesondere im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft.

177 *Maßnahmen:*

- 178 • Reformierung des „Aktionsplan Inklusion“ mit mess- und überprüfbaren
179 Zielen, verbindlichen Zeitvorgaben für die Umsetzung, genauen
180 Zuständigkeiten für jede einzelnen Maßnahme und konkreten Projekten zur
181 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- 182 • Umfangreiche finanzielle Mittelaufstockung des Sonderinvestitionsprogramms
183 „Bayern Barrierefrei 2023“, damit es zumindest zu einer schrittweisen
184 Beseitigung von Barrieren in allen Lebensbereichen kommt
- 185 • Grundsätzliche Bereitstellung von Informationen der Verwaltung in Leichter
186 Sprache

187 **KLIMASCHUTZ GERECHT GESTALTEN**

188 Klimaschutz ist ein zutiefst soziales Anliegen. Die Klimakrise trifft schon
189 heute zum Beispiel diejenigen härter, die in schlecht isolierten Wohnungen
190 leben, die sich in heißen Sommern aufheizen, während sie im Winter hohe
191 Heizkosten erfordern. Sie trifft diejenigen härter, die auch in der größten
192 Hitze draußen körperlich arbeiten müssen oder jene, die an vierspurigen
193 Zufahrtsstraßen wohnen und dort gesundheitsschädliche Abgase einatmen müssen.

194 Zugleich kann eine wirksame Klimapolitik aber nur gemeinsam mit den Menschen
195 gelingen. Deshalb muss sie sozial gerecht ausgestaltet werden und darf nicht
196 selbst zu mehr Ungleichheit führen. Unsere Klimapolitik ist ökologisch und sozial
197 gestaltet, um beim Klimaschutz alle mitzunehmen.

198 *Maßnahmen:*

- 199 • Mit den Einnahmen eines neu eingeführten CO₂-Preises wird ein Energiegeld
200 für alle Bürgerinnen und Bürger finanziert. So wird verhindert, dass
201 Klimaschutz durch höhere Preise zu neuen sozialen Problemen führt. Da
202 Menschen mit geringem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren,
203 profitieren sie davon besonders.

- 204 • Die Einführung einer passgenauen Wohnraumförderung ermöglicht für
205 einkommensschwache Mieter*innen warmmiet-neutrale Sanierungen.

- 206 • Einführung einer Mobilitätsgarantie für Bayern, mit der zwischen 5 und 24
207 Uhr eine flächendeckende Nahverkehr-Grundversorgung geschaffen wird und
208 damit für Pendler*innen und für die gesamte Bevölkerung eine attraktive
209 Alternative zum Auto besteht.

- 210 • Anschub von passgenauen Weiterbildungs- und Förderprogrammen, um die
211 ökologische Transformation unserer Wirtschaft zu unterstützen und so die
212 Chancen des Strukturwandels für tausende neue Arbeitsplätze zu nutzen.

- 213 • Unterstützung von Social Entrepreneurs, denn sozial-ökologisches
214 Unternehmertum fördert gesellschaftliche Innovationen und darf keine
215 Randerscheinung bleiben

216 **LEBENSWERTE STÄDTE, ATTRAKTIVES LAND**

217 Die große Mehrheit der Bevölkerung fürchtet ein weiteres Auseinanderdriften der
218 Gesellschaft. Diese Sorge gibt es in wachsenden Städten genauso wie im
219 ländlichen Raum. Die Menschen wünschen sich stattdessen eine sozialere
220 Gesellschaft und mehr Lebensqualität bei sich vor Ort. Damit wir auch vor
221 unserer Haustüre Lebensqualität genießen können, rücken wir Grüne den
222 öffentlichen Raum ins Blickfeld der Politik. Lebenswerte öffentliche Räume
223 führen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer Schicht und Alter
224 zueinander und stiften Raum für Kommunikation, Austausch, Teilhabe und
225 Zusammenhalt der Gesellschaft.

226 *Maßnahmen:*

- 227 • Umgestaltung öffentlicher Räume mit dem Konzept der „Begegnungszone“, um

228 Orte und Wohnquartiere wiederzubeleben

- 229 • Förderung von bürgerschaftlichem Engagement durch Bürokratieabbau und
230 Erleichterung von Freistellungen während der Arbeitszeit
- 231 • Erhöhung der staatlichen Förderung für Kulturangebote, denn kulturelle
232 Teilhabe fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Besonders jene
233 Menschen, die derzeit kulturellen Einrichtungen fernbleiben, sollen z.B.
234 über freie Eintrittsmöglichkeiten stärker eingebunden werden.

235 Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt droht aber nicht nur durch
236 unzureichende Lebensqualität im sozialen Nahraum sondern auch durch wachsende
237 Ungleichgewichte zwischen den Regionen Bayerns. Der Verfassungsauftrag der
238 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen ist für uns
239 Grüne Handlungsverpflichtung. Gerade in peripheren Regionen wollen wir dem
240 Gefühl des „Abgehängtseins“ mit klaren Standards bei den unternehmensnahen,
241 sozialen und kulturellen Infrastrukturen sorgen. Dazu zählt die flächendeckende
242 Versorgung mit einem Glasfaseranschluss ebenso wie eine verlässliche
243 Gesundheitsversorgung, funktionierende Nahversorgung und die Sicherstellung der
244 Mobilität auch ohne Auto, aber auch moderne Kulturangebote und
245 Freizeiteinrichtungen für junge Menschen.

246 Für uns Grüne heißt das aber auch, dass wir allerorts leistungsstarke Kommunen
247 brauchen. Denn nur wenn die Kommunen finanzielle Gestaltungskraft haben, lassen
248 sich vor Ort Ideen zur verbesserten sozialen Teilhabe entwickeln und umsetzen
249 und die Kommune zum lebenswerten Ort für alle machen.